



Vierteljähriger Sonnenmeyers Preis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünfseitigen Seite in Beitragsheft 1 $\frac{1}{4}$ Sgr.

Nr. 54. Mittag-Ausgabe.

Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 1. Februar 1865.

Preußen.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

6. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (31. Jan.).

Die Sitzung wird um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr eröffnet. Am Ministerium befinden sich die Herren v. Bodenföhring, v. Selbow und Graf zur Lippe. Als Regierungs-Commissare für die Ministerien der Finanzen, der Justiz und des Handels sind die Gebr. v. Henning, v. Sydow und Kieschke bezeichnet.

— Die Tribünen sind sehr stark besetzt. Präsident Grabowtheilt zunächst die Namen der neu eingetretenen Mitglieder mit und bezeichnet die Abteilungen, denen sie überwiesen sind. Dann füht er fort: „Ich habe dem Hause mitzuhören, daß aus den Orten Neuenburg, Hardenberg, Treuer, Kammeraden und Groß-Komor eine Adresse an das Haus gerichtet worden ist, in welcher die Unterzeichner, der katholische Pfarrer H. Wodeki und der Bürgermeister v. Kownati mit 414 Genossen gegen die Rede, welche ich beim Antritt meines Amtes hielt, protestieren (Heiterkeit) und die Bitte hinzufügen, es möge das Haus des Abg. der sohnenden Wahrheit sich unterziehen, den Weg der Verständigung mit den übrigen Faktoren der Gesetzgebung in Preußen recht bald zu finden. Ich werde diese Adresse auf dem Bureau für diejenigen niederlegen, welche von ihrem Inhalt Einsicht nehmen wollen.“

Der Präsident zeigt ferner an, daß der Abg. Rechtsanwalt Welthausen aus Lyc sein Mandat niedergelegt hat und in Folge dessen eine Neuwahl in dem 6. aumbinner Wahlbezirk erforderlich ist. Endlich wird der Antrag des Abg. Schultze (Berlin) und Genossen, betreffend die Abänderung der §§ 181 und 182 der Gewerbeordnung vom 17. Jan. 1845 bezüglich des Coalitionsrechtes der Arbeiter und Arbeitsgeber unter besonderer Zustimmung des Antragstellers der Commission für Handel und Gewerbe überwiesen. Nach Erledigung dieser Kommission erhält das Wort der Abg. der sohnenden Finanzminister v. Bodenföhring: Im allerhöchsten Auftrage habe ich die Staatshaushalts-Rechnungen für die Jahre 1859, 1860 und 1861 dem Hause vorzulegen nebst den dazu gehörigen Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer. Da dieselben zum Theil bereits in der vorigen Session vorgetragen worden sind, so habe ich nur die allgemeinen Rechnungen für das Jahr 1861 nebst den Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer den Mitgliedern des Hauses im Druck zugehen lassen und erlaube mir nur noch die Überweisung der gelämmten Vorlage an die Budgetcommission zu empfehlen. — Das Hause ist mit dieser Überweisung einverstanden; der Präsident fügt den Wunsch hinzu, daß für die neu eingetretenen Mitglieder Abdrücke der älteren Vorlage geliefert werden. Der Finanzminister: Wenn der Herr Präsident die Güte hat, mich wissen zu lassen, wie viel Exemplare gewünscht werden, so werde ich dem selbstdreht nachkommen.

Hierauf geht das Hause zur Tagessordnung über. Der Präsident verliest zunächst die Interpellation des Abg. v. Rönne, ob und wann die l. Staats-Regierung den Erlaß vom 20. Juni 1864, betreffend die Genehmigung eines Prisen-Reglements, sowie die Bestimmungen über das Verfahren in Prisen-Sachen der Landesvertretung zur Genehmigung vorlegen wird? Der Justizminister: Im Namen des Staatsministeriums erläutere ich, daß ich die Interpellation in dieser Sitzung beantworten werde. — Der Präsident fordert hierauf den Abg. v. Rönne auf, seine Interpellation zu beenden.

Abg. v. Rönne: M. h.! Ich befnde mich in einer eigenhümlichen Lage. Ich soll meine Interpellation begründen; dieselbe ist aber eine einfache Anfrage an das Ministerium, ob es beabsichtigt, diese Verordnung der Landesvertretung vorzulegen zur Genehmigung. Antwortet es, wie ich erwarte und hoffe, mit Ja, dann würde meine ganze Begründung eine unnötige Zeitverschwendung sein; antwortet es mit Nein, so würde ich doch, selbst wenn ich meiner Phantasie den freien Lauf lassen wollte, kaum im Stande sein, vorher alle die Gründe mir auszudenken, die möglicherweise das Ministerium haben könnte, die Verordnung nicht vorzulegen. Da indessen nach der Geschäftsortordnung in eine Debatte über eine Interpellation, die die Herren Minister beantwortet haben, nur eingetreten wird, wenn dies durch 50 Mitglieder des Hauses beantragt werden, so muß ich im Voraus meine Gründe zu geben versuchen.

M. h.! In den früheren Seekriegen hat Preußen sich blos kapfern lassen können, nachdem es eine Seemacht geworden, hat es auch das zweitbeste Recht erworben, selbst zu kapern. Als junge Seemacht hat es aber von diesem Recht nur mit alter Voricht Gebrauch zu machen, weil die Kaperei nicht nur dem Handel und der Schiffahrt neutraler Mächte Beleidigungen aller Art bereitet, sondern auch, weil der Staat durch widerrechtliches Verfahren zu großen Entschädigungen verpflichtet werden kann, wie denn selbst England an Friedrich den Großen 30,000 Pfd. Sterl. Entschädigung zahlen musste, und eine derartige Entschädigung noch neuerlich von Dänemark und Frankreich an Nordamerika zu zahlen war. Alles dies sollte die Regierung verlassen, so wichtige Bestimmungen nicht ohne Mitwirkung der Landesvertretung zu erlassen. Nach Art. 89 der Verfassung dürfen Gerichte nur durch ein Gesetz organisiert werden, und auch das Prisengericht ist ein Gericht, welches endgültig über Mein und Dein zu entscheiden hat. Das Prisen-Reglement enthält aber auch die materiellen Rechtsgrundsätze, nach welchen der Prisenrat entscheiden soll, und wenn diese sich auch zum Theil auf das Völkerrecht stützen, so enthalten sie doch nähere Festlegungen der völkerrechtlichen Grundsätze, Modificationen und Declarationen derselben. Ja es sind sogar einige der Paragraphen des allgemeinen Landrechts, welche sich im Titel „von der Beute“ befinden, anders als im allgemeinen Landrecht bestimmt.

Die Regierung hat sich somit auf den Weg der Gesetzgebung begeben, den sie nicht ohne Mitwirkung der Landesvertretung betreten darf. Aber die Verordnung erhielt auch staatsrechtliche und finanzielle Bestimmungen, z. B. den Satz, daß aus dem in die Staatskasse gestoßenen Confiscat zwei Drittel als Prisen Gelder an die Mannschaft des Captors gezahlt werden sollen, was doch gewiß ohne Zustimmung des Landtags nicht einseitig von der Regierung verordnet werden kann. Ich halte manche Bestimmung der Verordnung für unzweckmäßig, aber ihre Abänderung kann ich nur erreichen, wenn die Verordnung der Landesvertretung vorgelegt wird. Namentlich bedaure ich, daß durch die Verordnung der heilige Grundsatz der Kaperei aufs Neue sanctio-nirt ist und in den bewilligten Prisen Geldern neue Naturung gefunden hat. Erst wenn die Heilighaltung des Privateigentums im Seekriege ebenso anerkannt ist, wie dies im Landkriege bereits der Fall, wird die Prisen-Juris-diction auf sehr wenige, alsdann sehr gerechtfertigte Fälle beschränkt sein, und sie wird dann nicht mehr mit einem modernen Lehrer des Völkerrechts ein Versuch genannt werden können, das barbarische Institut der Kaperei zu civilisiren.

Der Justizminister Graf zur Lippe: Meine Herren! Die Staats-Regierung ist der Ansicht, daß durch den allerhöchsten Erlaß vom 20. Juni vorigen Jahres dem nach Art. 62 der Verfassungs-Urkunde den beiden Häusern des Landtags eingeräumten Rechte, Anteil an der Gesetzgebung zu nehmen, nicht zu nahe getreten sei, und hält sich nicht für verpflichtet, diese Verordnung zur nachträglichen Genehmigung den beiden Häusern vorzulegen. Die Interpellation gewährt mir eine erwünschte Veranlassung, die Motive der Staats-Regierung ausführlich darzulegen, wenn ich gleich kaum glauben kann, daß durch die heutige Discussion diese ganze, sehr wichtige Sache völlig erschöpft werden wird. Da Sie zweifelsohne den Worten, die von dieser Stelle an Sie gerichtet werden, ein besonderes Gewicht beilegen, und es sich um principielle Fragen und nicht blos um Fragen des inneren Staatsrechts handelt, so werde ich mir erlauben, diese meine Erklärung in präziser Form, als sonst gewöhnlich, hier abzugeben. — Der Herr Minister verließ hierauf ein umfangreiches Exposé über die Rechte der kriegsführenden Mächte im Seekrieg und die Rechte der Neutralen, das sicher in amtlichen Organen abgedruckt werden wird. Während der Verlesung legen die Stenographen im Hause die Feder nieder. — Abg. v. Rönne zur Gesetzordnung: Ich bitte das Präsidium, zu constatiren, daß der Herr Minister seinen Vortrag nach einem Manuscript verlesen hat. — Präsident Grabow: Ich habe dazu nur zu bemerken, daß dies Faktum bereits in unser Alter Mitte constatirt ist. (Heiterkeit.)

Das Hause geht darauf zur Berathung des Gesetzentwurfes: „betreffend die Beurungsstosten der gerichtlichen Boten und Executoren bei Besorgung von Dienstgeschäften außerhalb des Gerichtsortes“ über, nach welchem die gerichtlichen Boten und Executoren für jeden Tag, an welchem sie außerhalb des Gerichtsortes und mehr als eine Viertel-

meile von diesem entfernt, Boten- oder Executionsgeschäfte besorgt haben, 7 Sgr. 6 Pf. Beurungsstosten erhalten sollen. In den Motiven, durch welche der Gesetz-Entwurf von der Staats-Regierung begründet ist, wird auf die Unmöglichkeit hingewiesen, daß die fraglichen Unterbeamten diese ihre Dienstgeschäfte für die ihnen bisher nach Art. 22 des Gesetzes vom 9 Mai 1854 aufzubehenden Beurungsstosten von 5 Sgr. pro Tag ausführen könnten, ohne von den Befoldungen, welche zum Unterhalt ihrer Familie dienen sollen, noch einen Theil der Kosten für ihre Dienstreisen zu breiten. Dies erscheint so ungemeinsteuer, als diese Verpflichtung gerade an den beschwerlichsten Dienst geknüpft sei, für welchen die rüstigsten Kräfte erforderlich seien, und besonders leicht auch Nachteile für den Dienst daraus entstehen könnten. Aus diesen Gründen sei von verschiedenen Appellations-Präsidien die Erhöhung des jetzigen Betrages des Beurungsstosten in Anregung gebracht worden, und auch die Staats-Regierung habe das Bedürfnis dazu nicht länger verbrennen können. Es handele sich also nur darum, bis auf Höhe welcher Summe der fragliche Betrag erhöht werden solle. In dieser Beziehung sei in Betracht zu nehmen, daß der Betrag von 10 Sgr. für diejenigen Fälle nicht zu hoch sei, in denen die Beamten über Nacht ausbleiben müssten.

Da indessen nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, an denen eine Rendierung nicht wünschenswert sei, den Boten und Executoren für jeden Tag, an welchem sie außerhalb des Gerichts, und mehr als eine Viertelmeile von diesem entfernt, Boten- oder Executions-Geschäfte besorgt haben, die vollen Beurungsstosten anzustehen, solde mithin auch für Amtsvorrichtungen von oftmals nur wenigen Stunden zu gewähren seien, so könne bei Bezeichnung des Betrages desselben nicht die größtmögliche Dauer des Geschäfts zum Grunde gelegt werden; es müsse daher der Betrag so normirt werden, daß die in dem einen Falle entstehenden höheren Aufwendungen durch die den Bedarf in andern Fällen übersteigenden Gewährungen kompensirt werden. In Rücksicht darauf hält die Staats-Regierung den Durchschnittsbetrag von 7 Sgr. 6 Pf. für angemessen. — Die jährliche Mehrausgabe, welche der Staatskasse durch die Erhöhung auf 7 Sgr. 6 Pf. erwachsen würde, wird von der Staats-Regierung auf nahezu 40,000 Thlr. angegeben.

Referent Abg. Senff gibt eine historische Uebersicht der Angelegenheit, welche schon wiederholt Gegenstand der Berathung im Abgeordneten-Hause gewesen ist. Nach der allgemeinen Gebührentaxe vom 23. August 1815 betragen die Beurungsstosten ehemals pro Tag 10 Sgr. Diese sind durch das Gerichtsstosten-Gesetz vom 10. Mai 1851 auf die Hälfte herabgesetzt worden. Der Referent erklärt, daß man auch in der Commission über die Unzulänglichkeit dieses Betrages überzeugender Ansicht gewesen sei; die Commission sei geneigt gewesen, vorzuschlagen, daß die betreffenden Beamten so zu sagen in integrum restituit werden sollten, indem der von der Regierung auf 7 $\frac{1}{2}$ Sgr. angenommene Betrag auf 10 Sgr. erhöht würde. Der Reg.-Commissar habe indeß erklärt, daß er nicht ernächtigt sei, in die Festsetzung einer höheren Summe zu willigen; die Commission habe daher wegen der Dringlichkeit der Angelegenheit von weiteren Anträgen Abstand genommen und empfiehlt dem Hause die Annahme des Gesetzentwurfs in der von der Regierung vorgeschlagenen Fassung.

Es meldet sich Niemand zum Wort und der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen. Es folgt die Berathung des Gesetzentwurfs wegen „Berechnung der Steuer für die Bereitung von Buder aus getrockneten Rüben“. § 1 dieses Gesetzes bestimmt: Bei der Erhebung der Steuer für die Bereitung von Buder aus getrockneten (gedrohrten) Rüben werden vom 1. Sept. 1862 ab auf jeden Centner getrockneter Rüben nicht mehr (Verordnung vom 2. Juli 1861, § 3 — Gesetzsammlung Seite 417) fünf Centner, sondern nur vier- und Dreiviertel-Centner rohe Rüben gerednet.“

§ 2 beauftragt den Finanzminister mit der Ausführung dieses Gesetzes. Der vorliegende Gesetzentwurf war bereits in voriger Session den beiden Häusern des Landtages vorgelegt, jedoch vor Schluss der Sitzungen nicht zur Verhandlung gelangt. In den Motiven wird nach einer kurzen Darlegung der vorgängigen Verhandlungen im Zollverein über eine andere Berechnung der Steuer für getrocknete Rüben auf die Betriebsergebnisse der badischen Rübenzuckerfabrik zu Waghäusel, als der einzigen, in der getrocknete Rüben in erheblichem Umfang verarbeitet werden, näher eingegangen. Dieser Fabrik wurden in den Betriebszeiten vom 1. September 1859 bis 1. September 1861 an rohen Rüben 6,237,121 Centner zugeführt. Bei Annahme eines Abgangs von 10% sind davon 5,613,409 Centner zum Trocken geblieben. An Trockenprodukt sind aber mit Einschluß von 37,960 Etr. Darmazl 5,179,812 Centner gewonnen, wonach 4,76 Etr. roher Rüben zur Gewinnung von 1 Etr. getrockneter Rüben erforderlich sein würden.

Berücksichtigt man außerdem auch die Ergebnisse des Betriebsjahrs 1861—1862, die neuesten nämlich, welche zur Zeit der betreffenden Verhandlungen vollständig vorlagen, so stellt sich die Menge der von 1854—1859 und im Betriebsjahr 1861—62 eingeführten Rüben zusammen auf 6,759,218 Centner, wovon nach Abzug von 10 p.C. zur Trocknung 6,083,297 Centner zur Verarbeitung gelangten. An Trockenprodukt wurden aber überhaupt 1,249,975 Centner gewonnen und es würden danach 4,75 Centner roher Rüben zur Herstellung eines Centners getrockneter Rüben verwendet werden müssen. Nach diesen Erfahrungen ist das Verhältnis zwischen rohen und getrockneten Rüben festgestellt und zugleich verabredet worden, daß die neue Steuer schon vom Beginn der Betriebszeit, während welcher die Verabredung getroffen wurde, nämlich vom 1. September 1862 ab in Kraft treten soll.

Der Referent, Abgeordneter Krieger (Berlin), führt diese in den Motiven dargelegten Gesichtspunkte kurz an und bemerkt, daß der Gesetzentwurf weder eine Steuererhöhung, noch eine Steuerminderung bezieht, sondern nur den Procentzusatz zwischen den beiden Sorten der Rüben auf bessere Erfahrungen hin genauer feststellt.

Zur General-Discussion verlangt Niemand das Wort, eben so wenig zur Special-Discussion. Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

Den letzten Gegenstand der Tagessordnung bilden Wahlprüfungen. Es werden ohne Debatte bestätigt die Wahlen der Abgeordneten: Graf v. Polulski, v. Zychlinski und Peter Harkort; bei Gelegenheit des zuletzt genannten Abgeordneten bemerkt der Referent, daß von dem Umschwunge der öffentlichen Meinung, von dem so viel gerühmt werde, wenigstens im badener Wahlkreise nichts zu entdeden sei, und daß die lezte Wahl von conservativen oder ministeriellen Wahlmannen nichts bemerkten lasse.

Schluss der Sitzung 1 $\frac{1}{2}$ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Berlin, 31. Jan. [Amtliches] Se. Maj. der König haben den Wirklichen Geheimen Rath und früheren Gesandten in Kopenhagen, von Balan, zu Allerhöchstarem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich belgischen Hofe zu ernennen geruht.

Se. Majestät der König, haben allernächst geruht: Den Landgerichts-Assessor Mühlingshaus in Saarbrücken zum Staats-Procurator bei dem dortigen Landgerichte; und den Pastor Richter in Glaz zum Superintendenten der Diözese Glaz-Münsterberg zu ernennen.

Die Anstellung des Kaplan Beder als katholischer Religionslehrer an der Realsschule in Aachen ist genehmigt.

Berlin, 31. Jan. [Se. Maj. der König] nahmen heut den Vortrag des Polizeipräsidenten und hierauf den des Militär-Cabinets entgegen.

[Ihre Maj. die Königin] erschien gestern auf dem Balle bei Sr. königlichen Hoheit dem Kronprinzen und ertheilte heute dem neuernannten Gesandten Sr. Maj. des Königs von Italien die nachgesuchte Antritts-Audienz.

[Se. königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern den Oberst v. Flemming, Commandeur des Pommerschen Husaren-Regts. (Blücher's Husaren) Nr. 5.

Aberends war Ball im kronprinzlichen Palais, zu welchem über 700 Einladungen ergangen waren. (St. A.)

[Der Bau des Parlamentshauses] soll wieder einmal Ge- genstand eines ministeriellen Schreibens an die Präsidenten der beiden Häuser gewesen sein. Als Bauplatz schlägt die Regierung, wie es heißt, die Porzellanmanufaktur vor, welche bekanntmaßen zwischen dem Kriegsministerium und dem Herrenhause liegt. Das Grundstück

hat eine große Tiefe, so daß eventuell Platz für einen Borgarten oder Vorhof bliebe. Zwischen den beiden Häusern wird eine solide Brandmauer gezogen, gesonderte Ein- und Ausgänge verstecken sich von selbst.

[Der Rechtsanwalt Tolk zu Neidenburg] war wegen seiner politischen Thätigkeit, insbesondere seiner Theilnahme an den Wahlen zur Disciplinar-Untersuchung gezogen und vom ostpreußischen Tribunal zu Königsberg mit einer Geldbuße von 150 Thlr. belegt worden. Gegen diese Entscheidung hatte der Oberstaatsanwalt appelliert und die Amtsenthebung beantragt. Das Obertribunal hat jedoch in seiner Sitzung vom 30. Jan. das erste Urtheil bestätigt.

[Drei Steckbriefe], gegen die Dekonome v. Jezewski, Ossowski und Chrzanowski, alle drei aus dem Posenschen, im Sommer v. J. resp. im Oktober 1863 wegen vorbereitender hochverrätherischer Handlungen erlassen, werden jetzt vom Staatsgerichtshofe, nachdem „von der weitern Verfolgung Abstand genommen“, zurückgezogen.

[Die Gräfin Danner] hat sich für ihre sieben Millionen einen weniger europäischen Namen gekauft, sie beabsichtigt nächstens in Nizza einem schwedischen Herrn aus altem Hause, einem Grafen Silfversholme, an den Traualtar zu folgen.

[Kein Programm für Schleswig-Holstein.] Der telegraphisch signalisierte Artikel der „Zeidl. Corr.“ lautet wörtlich: „Es ist richtig, daß die Antwort Preußens auf die österreichische Depesche vom 21. Dezember am Schlus der vorigen Woche von hier abgegangen ist. Da Preußen auf die österreichische Idee, den Erbprinzen von Augustenburg provisorisch mit der Regierung der Herzogthümer zu betrauen, nicht eingehen kann und seinerseits die Zeit nicht für gemutete hält, wo für die Ordnung der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten ein maßgebendes Programm aufgestellt werden kann, so enthält die preußische Antwort-Depesche nur einen provisorischen Hinweis darauf, daß weitere Ausflüsse erst dann erfolgen dürfen, wenn die Kron-Juristen das von ihnen erforderliche Gutachten eingereicht haben werden.“

[Die handelspolitischen Verhandlungen mit Österreich.] Ein zweiter, ebenfalls durch den Telegraph angezeigter Artikel der „Zeidl. Corr.“ lautet: Der österreichische Commissar für die hier-selbst stattfindenden Verhandlungen zwischen Österreich und dem Zollverein, Hr. v. Hock, befindet sich noch in Berlin und dürfte auch nicht die Absicht haben, in Kurzem abzureisen. Somit fallen die Combinationen gewisser süddeutscher Blätter, welche von der Resultaltlosigkeit der hiesigen Verhandlungen und von der Abreise des Herrn v. Hock allerhand zu berichten hatten, in sich zusammen. Weit entfernt, unterbrochen oder ermattet zu sein, werden die Verhandlungen lebhaft geführt. Es hat gestern eine Sitzung der Conferenz stattgefunden und für morgen steht ebenfalls eine solche in Aussicht. Der Gegenstand der Verhandlungen ist gegenwärtig die Feststellung des Tarifs für den Verkehr zwischen Österreich und dem Zollverein.

[Demetri.] Dieselbe Corresp. schreibt: Es kann nicht nachdrücklich genug erklärt werden, daß hier weder eine Meinungsäußerung Englands in Bezug der schleswig-holsteinischen Angelegenheit eingegangen, noch überhaupt etwas von einer an ein anderes Cabinet gerichteten Manifestation des Grafen Russell in dieser Sache bekannt ist. Die Politik der unbedingten Nichtintervention, von welcher England im vergangenen Sommer mit Rücksicht auf die dänische Monarchie abzugehen drohte, hat nunmehr in London das vollkommene Übergewicht gewonnen. Diesem Umstände ist es wohl auch zuzuschreiben, daß der bisherige dänische Gesandte in London, Kammerherr v. Bille, es für angemessen befunden hat, seinen Posten aufzugeben.

[Hr. v. Beaulieu, der Gesandte des Großherzogs von Oldenburg] am hiesigen Hofe, ist am Freitag hier eingetroffen. Da Oldenburg, bei dem Verlauf der schleswig-holsteinischen Sache so nahe beheimigt ist, soll der Großherzog es gern gesehen haben, daß die

Osmanisches Reich.

müssen, daß Manche, welche Familienväter sind, die ihnen zugedachte neue Verwendung werden ablehnen müssen. Das bei Gagirung der Angestellten der neuen Regierungsbehörden beobachtete Prinzip giebt dem Lande übrigens eine Garantie dafür, daß fortan in unserem Hause halte eine weise Sparsamkeit werde befolgt werden, und daß die Staatskasse nicht mehr, wie bisher so oft, als eine Versorgungsanstalt für Leute werde betrachtet werden, die ihre Karriere verfehlt haben. (H. N.)

Aus Nordschleswig. 27. Januar. [Bestimmung der Nordgrenze.] Wie aus Ripen mitgetheilt wird, herrscht dort über die nun bevorstehende Absteckung unserer Nordgrenze große Aufregung. Durch den wienischen Frieden ist der Stadt die direkte Communication mit demjenigen Theile Fürtlands entzogen worden, mit welchem sie bisher hauptsächlich in Verkehr gestanden hat. Die Einwohnerschaft wünscht deshalb dringend eine Rectification der neuen Grenze, durch welche dem Oste eine über Galslund nach Fürtland führende Verbindungsstraße erhalten bliebe. An die dänische Regierung ist bereits eine darauf bezügliche Vorstellung gelangt und soll dieselbe auch geneigt sein, ein Einverständniß mit den deutschen Mächten herbeizuführen, um dem allerdings billigen Wunsche Ripens gerecht zu werden. Selbstverständlich könnten aber die letzteren eine Concession nur gegen ein von Dänemark zu bewilligendes Equivalent eintreten lassen. Zu einem solchen würde sich der kleine Gebietswechsel eignen, welcher dadurch, daß die Königsgau erst nördlich von Holte die Grenze bilden sollte, heilweise von Schleswig abgetrennt werden ist. Wie ein Blick auf die Karte zeigt, würde jene sehr an Einsachtheit gewinnen, wenn sie der Königsgau gleich von ihrem Ursprung an folgte. Daß man dies in Wien nicht berücksichtigte, läßt sich nur daraus erklären, daß die Landesgrenze schlechtweg nach der vorhandenen Kirchspielsgrenze bestimmt wurde. (Nordd. 3.)

Dänemark.

***+* Kopenhagen.** 28. Jan. [Der berühmte schwedische Graf Anchorsvård], welcher im Jahre 1809 bei der Gründung der jetzigen schwedischen Dynastie (Haus Bernadotte) oder correcter gesagt, bei dem Sturz des Hauses Wasa eine herausragende Rolle spielte und später auf dem schwedischen Reichstage jahrelang für die Rechte des Volkes wirkte, auch zahlreiche politische und staatsökonomische Schriften herausgab, ist am 25. d. M. 83 Jahre alt, in Stockholm mit Tode abgegangen.

Kopenhagen. 30. Jan. [In der heutigen Verhandlung des Reichsrath-Folketing] über das Grundgesetz sprach Bischof Monrad gegen die Regierungsvorlage. Ein von Baltazar Christensen eingebrochener Antrag wurde nach heftiger Debatte durch Übergang zur motivierten Tagesordnung besiegelt. Mehrere Redner aus der Partei der Bauernfreunde sprachen für, der Finanzminister Ville und Rimestad bestig gegen den Antrag. Die Diskussion über das Grundgesetz wird morgen fortgesetzt.

Die durch Schneegestöber gestörten Eisenbahnen machen wieder ihre regelmäßigen Fahrten und sind sämtliche fehlende Posten hier eingetroffen.

Prinz Johann von Glucksburg ist an einer Lungenentzündung erkrankt, man hofft auf baldige Wiederherstellung. — Das Befinden des Ministers Bluhme ist heute besser. (H. N.)

Schweden.

Genf. 30. Januar. [In der eben beendeten außerordentlichen General-Verfassung der genfer Credit-Bank] wurden die von der dazu ernannten Commission ausgearbeiteten neuen Statuten mit Stimmeinheitlichkeit angenommen. Ebenso wurden die Candidaten des genfer Comitee's, namentlich die Herren A. Paderstein, Edward Nies und Felix Meyer, fast einstimmig zu Mitgliedern des Verwaltungsrates gewählt. Herr Arnold Reinhard ist zum intermissionären General-Director ernannt. Die alte Verwaltung der Bank und somit die bisherigen Grundsätze sind daher vollständig beendet. (B. B.-3.)

Italien.

Turin. 27. Jan. [Die neuesten Unruhen. — Parlamentarisches.] Während die Kundgebungen gestern ausschließlich von den Studenten ausgingen, haben heute in Gemeinschaft mit diesen zahlreiche Scharen von Arbeitern in vorgerückter Abendstunde in den Hauptstraßen der Stadt die auführerischen Rufe erhoben: „Es lebe Garibaldi!“ „Hoch die Republik!“ „Es lebe Turin, die Hauptstadt Italiens!“ „Tod Minghetti und Peruzzi!“ Das Gericht verbreitete sich, daß auf morgen noch unruhigendere Kundgebungen vorbereitet werden. So glaubte das Ministerium, nicht länger zusehen zu dürfen. Die Artikel des Gesetzes der allgemeinen Sicherheit gegen Zusammenrottungen wurden angeschlagen, und mit Anwendung von Gewalt im Fall der Erneuerung der Ruhestörungen gedroht. In einer weiteren Proklamation des Stadt-Syndikus wurden die Bürger ermahnt, sich in Ruhe dem Parlaments-Beschluße zu fügen. Zwar wurden durch die Nationalgarde, welche sich bei dem ganzen Vorgange durch Mäßigung und Tact auszeichnete, einige offensichtliche Rädelsführer festgenommen; im Ganzen aber hatten die Zusammenrottungen keinen gefährlicheren Charakter, und es ist zu erwarten, daß nach den Proclamationen der Regierung und Stadtbehörde auch diese letzte durch den Septembervertrag hervorgerufene Bewegung ihr Ende gefunden habe. Man erwartet morgen in der amtlichen Zeitung eine Erklärung der Regierung, worin sie der Nationalgarde für ihre Haltung den Dank ausdrücken, im Uebrigen aber bestätigen werde, daß die Ruhe vollständig wieder hergestellt sei. Die Bürgerschaft von Turin selbst hat sich den Vorgängen von Anfang an fern gehalten, in dem Bewußtsein, daß dieselben nur den Umtrieben der Unruhestifter, besonders der Mazzinisten, zu gute kommen können. Die Anstrengungen der letzteren sind eben so thöricht, als sie nunmehr sicher erfolglos bleiben werden. Was wäre für ihre Sache wirklich erreicht, wenn auch ihre an die Mauern angeschlagenen Aufrufe befolgt würden, die die turiner Abgeordneten und Gemeinderäte auszuspiesen, die nach dem Parlaments-Beschluße sich nicht beeilt haben, abzudanken? — Wie vorauszusehn war, haben die Kammer-Abtheilungen einstimmig beschlossen, den Gesetzentwurf Boggio's, den Opfern vom 21. und 22. September oder ihren Erben eine Leibrente von 600 Fr. auszusezen, nicht zur öffentlichen Lesung zuzulassen. Die Einstift hat überall gesiegt, daß nicht sowohl menschliches Mitgefühl zu diesem Entwurf Anlaß gab, als daß Streben, die durch Annahme des Antrages von Riccaoli glücklich beseitigte Angelegenheit der September-Ereignisse neuerdings auf's Capet zu bringen. — Den Beamten des General-Secretariats sowohl im Ministerium des Innern als in dem der auswärtigen Geschäfte ist die bestimmte Weisung zugegangen, sich darauf vorzubereiten, spätestens bis zum 10. Mai ihre Uebersiedlung nach Florenz vorzunehmen. (K. 3.)

Mailand. 26. Jan. [Religiousisch.] Aus Treviglio wird der „Bombardia“ ein trauriges Verbrechen gemeldet. Ein Handarbeiter, Prandina, wurde in seiner Mietwohnung mit geschmettertem Kopf gefunden. Als Thäter stellte sich ein gewisser Costajoli, und bekannte tatsächlich daß er am Sonnabend Morgens (21. d. Mts.) den Prandina erschlagen habe, und zwar aus religiöser Abneigung, in Folge eines heftigen Streites, welchen er am Abend vorher mit ihm gehabt, und dessen Gegenstand die großen Fortschritte der evangel. Partei in dem benachbarten Gebiet von Caravaggio gewesen seien.

Bukarest. 29. Jan. Ein fürstliches Decret verleiht dem hiesigen Metropoliten den Titel: Metropolit, Primas von Rumänien. Der Präsident der Deputirtenkammer, Konstantin Negrin, ist aus Konstanțopol hier eingetroffen.

Telegraphische Depesche.

Turin. 31. Jan., Abends. Die officielle Zeitung tadeln die Urheber der Manifestationen und lobt das Verhalten der Nationalgarde. — Die Franzosen verhafteten den Briganten-Chef Tamburini im Civita-Brechia. (Wolff's T. B.)

Breslau. 1. Febr. Im Regierungsbezirk Oppeln ist der Schluss der niederen Jagd auf Sonnabend den 11. Februar und im liegenderen Regierungsbezirk auf Sonnabend den 4. Februar Abends festgesetzt. Roggen loco zu unteränderten Preisen einiger Handel. Das Angebot so wie die Nachfrage sind gleich schwach. Im Terminhandel hielt auch heute die Geschäftsstille an.

Der laufende Monat wurde courant abgewickelt und haben sich Preise eher zum Rückgange dafür geneigt, während für die anderen Sichten Abnehmer zurückhaltender waren und sich namentlich zum Schluß befestigten. Gekündigt 4000 Ctnr. Hafer effectiv reichlich offerirt und ziemlich rege gehandelt. Terme ohne Geschäft. Rübbl setzte die gestern angenommene Festigkeit auch heute fort und beträgt die Preisbesserung für alle Sichten, ausgenommen den herbst-Termin, welcher durch starke Verkäufe gedrückt wurde, circa 1/2 Ctnr. Gel. 100 Ctnr. — Spiritus verlehrt in matter Haltung, jedoch haben sich die Preise dabei wenig verändert. Käufer und Verkäufer beobachten gleiche Zurückhaltung, da die auswärtigen Märkte kein Anrege zum Geschäft bieten. Gel. 20,000 Quart.

Berliner Börse vom 31. Januar 1865.

Fonds- und Gold-Course.		Eisenbahn-Stamm-Aktionen.	
Freiw. Staats-Anl.	10 ^{1/2} G.	Dividende pro 1862	1863 Zt.
Staats-Anl. von 1859	106 bz.	31 ^{1/2}	31 ^{1/2} gg. 9 G.
dito	97 ^{1/2} bz.	—	—
dito	97 ^{1/2} G.	Aachen-Maastrich	40 ^{1/2} à 1/2 bz.
dito	102 ^{1/2} bz.	Amsterd.-Rott.	113 ^{1/2} G.
dito	102 ^{1/2} G.	Berg.-Märkische	134 ^{1/2} G.
dito	102 ^{1/2} bz.	Berlin-Anhalt	186 ^{1/2} G.
dito	102 ^{1/2} G.	Berlin-Hamburg	142 G.
dito	102 ^{1/2} bz.	Berl.-Potzd.-Mg.	207 ^{1/2} bz.
dito	102 ^{1/2} G.	Berlin-Stettin	7 ^{1/2} 81 ^{1/2} G.
dito	102 ^{1/2} bz.	Böh.-Westh.	5 136 ^{1/2} à 1/2 bz.
dito	128 ^{1/2} G.	Breslau-Freib.	129 ^{1/2} 121 ^{1/2} 129 ^{1/2} 199 G.
Berlin. Stadt-Obl.	102 ^{1/2} bz.	Cassel-Oderberg	112 ^{1/2} 112 ^{1/2} 112 ^{1/2} 112 ^{1/2} G.
Kur.-u. Neumärk.	87 ^{1/2} G.	St.-Prioz.	143 ^{1/2} G.
Pommersche	87 G.	dito	88 ^{1/2} G.
Posensche	—	Galis-Ludwigsw.	99 ^{1/2} G.
dito	—	Ludwigsburg-Exb.	145 ^{1/2} G.
dito neue	96 G.	Magn.-Halberst.	212 ^{1/2} 212 ^{1/2} 212 ^{1/2} 212 ^{1/2} G.
dito	96 G.	Magd.-Leipzig	251 ^{1/2} 251 ^{1/2} 251 ^{1/2} 251 ^{1/2} G.
dito	97 ^{1/2} G.	Mainz-Ludwigsb.	21 ^{1/2} 132 ^{1/2} G.
Pommersche	97 G.	Mecklenburger	21 ^{1/2} 21 ^{1/2} 21 ^{1/2} 21 ^{1/2} G.
Preussische	97 G.	Neisse-Brieger	90 ^{1/2} G.
Westph.-Rhein.	97 G.	Niederschl.-Mark	95 ^{1/2} G.
Sächsische	98 G.	Niederschl.-Zwgb.	744 ^{1/2} 757 ^{1/2} 757 ^{1/2} 757 ^{1/2} G.
Sächsische	98 G.	Nordb.-Fr. Wils.	102 ^{1/2} 102 ^{1/2} 102 ^{1/2} 102 ^{1/2} G.
Louisiana 110 ^{1/2} G.	Oest. Ostb. 88 ^{1/2} G.	Oberschles.	103 ^{1/2} 104 ^{1/2} 104 ^{1/2} 104 ^{1/2} G.
Goldkronen 97 G.	Polin. Bkn.	dito	104 ^{1/2} 104 ^{1/2} 104 ^{1/2} 104 ^{1/2} G.

Ausländische Fonds.		Bank- und Industrie-Papiere.	
Oesterl. Metalliques.	63 ^{1/2} G.	Berl. Kassen-V.	51 ^{1/2} 60 G.
dito Nat.-Anl.	70 ^{1/2} à 1/2 b.	Braunschw. B.	4 56 G.
dito Lott.-A. v. 60	84 ^{1/2} à 1/2 b.	Bremer Bank	54 ^{1/2} 116 G.
dito 64	51 ^{1/2} G.	Danziger Bank	6 108 G.
dito 54er Pr. A.	77 G.	Darmst. Zettell	6 101 ^{1/2} G.
dito Eisenb.-L.	74 ^{1/2} G.	Geraer Bank	7 108 etw. bz. u. G.
Russ.-Engl. Anl.	1862 58 ^{1/2} G.	Gothaer "	5 101 ^{1/2} etw. bz. u. G.
dito Holl. Anl.	1864 58 ^{1/2} G.	Hannoversche B.	51 ^{1/2} 112 G.
dito Poln. Sch.-Ob.	71 ^{1/2} G.	Hamb. Nordd. B.	63 ^{1/2} 117 G.
dito 400 Fl.	84 ^{1/2} G.	Hannover-Zettell	61 ^{1/2} 119 etw. bz.
dito 200 Fl.	92 ^{1/2} G.	Hannover-Zeitung	54 ^{1/2} 119 etw. bz.
Kurhess. 40 Thlr.	54 ^{1/2} G.	Hannover-Bank	105 G.
Baden. 35 Fl. Loose.	30 bz.	Danziger Bank	110 etw. bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.		Wechsel-Course.	
Berg.-Märkische	102 ^{1/2} G.	Amsterdam 250 Fl.	107 144 ^{1/2} G.
dito	101 ^{1/2} B.	dito	123 ^{1/2} G.
dito	101 ^{1/2} G.	Hamburg 300 M.	8 T. 153 z.
dito	101 ^{1/2} G.	London 1 Lst.	3 M. 6. 21 bz.
dito	101 ^{1/2} G.	Paris 300 Fl.	2 M. 50% bz.
dito	101 ^{1/2} G.	Wien 150 Fl.	8 T. 88 ^{1/2} bz.
dito	101 ^{1/2} G.	dito	100 ^{1/2} G.
dito	101 ^{1/2} G.	Augsburg 100 Fl.	107 144 ^{1/2} G.
dito	101 ^{1/2} G.	Leipzig 100 Thlr.	8 T. 99 ^{1/2} G.
dito	101 ^{1/2} G.	Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M. 56. 24 bz.
dito	101 ^{1/2} G.	Petersburg 100 S.R.	3 W. 85 ^{1/2} G.
dito	101 ^{1/2} G.	dito	3 M. 85 bz.
dito	101 ^{1/2} G.	Warschau 90 S.R.	8 T. 77 ^{1/2} G.
dito	101 ^{1/2} G.	Bremen 100 Thlr.	8 T. 110 ^{1/2} G.

Stern-Course.		Wechsel-Course.	

<tbl_r